

selbständige, immer wachsende Macht, in England, in den Niederlanden, auch in Frankreich, dem Vaterlande Calvins. Nicht lange vor seinem Tode meldete ein venezianischer Gesandter aus Frankreich, keine Provinz des Landes sei mehr frei vom Protestantismus, drei Viertel des Reiches seien von ihm erfüllt — Bretagne und Normandie, Gascogne und Languedoc, Poitou, Touraine und Provence. „An vielen Orten in diesen Provinzen werden Versammlungen, Predigten gehalten, Lebensrichtungen getroffen; ganz nach dem Vorbild von Genf, ohne alle Rücksicht auf die königlichen Verbote. Jedermann hat diese Meinungen angenommen; was am merkwürdigsten ist, selbst der geistliche Stand, nicht allein Priester, Mönche und Nonnen — es möchte wohl wenig Klöster geben, die sich unberührt gehalten haben —, sondern die Bischöfe selbst und viele von den namhaften Prälaten.“ Derselbe Gesandte erstaunte dann, als er nach Genf kam, in wie großartigem Umfang Calvin seine Propaganda trieb, wie viele Prediger er ausandte, wie viele Gelder er empfing und in wie hohem Ansehen er stand. . . .

Indem wir an seinem vierhundertsten Geburtstag diesen Vergleich zwischen ihm und Luther ziehen, sind wir weit entfernt, den einen hinauf- und den anderen herabzusehen. Hätte Calvin an Luthers Stelle gestanden, so hätte er sicherlich auch nicht gemeinsame Sache mit den Bauern gemacht; hätte Luther an Calvins Stelle gestanden, so hätte er nicht gemeinsame Sache mit den Fürsten machen können. Das ist ja alles selbstverständlich. Aber wenn es ungerecht wäre, die historischen Umstände zu übersehen, die den einen gefördert und den anderen gehindert haben, so gebietet doch die Gerechtigkeit, anzuerkennen, worin und wie sehr die calvinistische Reformation der lutherischen Reformation überlegen gewesen ist, zumal da diese Erkenntnis auch heute noch nicht bloß historischen, sondern ebenso politischen Wert hat.

Die Wahlen in holland.

Von Henriette Roland-Holff.

Dem ahnungslosen Zuschauer, der am 11. Juni den allgemeinen Wahlen in Holland beiwohnte, mußte es vorkommen, als beherrschten in unserem Lande nicht die sozialen, sondern die religiösen Gegensätze das politische Leben. Er hätte bemerkt, wie von den beiden bürgerlichen Koalitionen, die „Rechte“ und die „Linke“, die gegeneinander den Kampf um die Regierungsmacht führten, die eine sich selbst als „christliche“ bezeichnete und bemüht war, ihre Stellung zu den verschiedenen politischen und sozialen Fragen auf theologische Prinzipien zurückzuführen, während die andere zwar mit sozialen Schlagworten wie Allgemeines Wahlrecht, Altersversicherung usw. operierte und die Antithese¹ zwischen Glauben und Unglauben angeblich bedauerte, trotzdem aber selbst diese Antithese, das heißt die Bekämpfung der christlichen Koalition als solche, unablässig in den Vordergrund ihrer Agitation stellte.

¹ Das Wort „Antithese“ wurde vom Führer der Calvinistischen Partei, Dr. Ruyper, geprägt, um den Gegensatz auszudrücken, der seiner Meinung nach auch auf politischem Gebiet zwischen Glauben und Unglauben besteht.

Diese Tatsache scheint für den Sozialdemokraten nur den Beweis zu erbringen, daß das Denken der Massen in Holland größtenteils noch in theologischen, das heißt in altertümlichen Formen vor sich geht und folglich die verschiedenen Klassengegensätze den Schein von religiösen Gegensätzen annehmen. Ein solcher Schluß würde jedoch nur halbwegs zutreffend sein. Er würde stimmen für die Zeiten, in denen die heutigen bürgerlichen Parteigruppierungen aufkamen, das heißt für das dritte Viertel des neunzehnten Jahrhunderts. In unseren Tagen aber gibt es einen neuen Faktor, der mächtig dazu mitwirkt, diese veralteten Parteischeidungen am Leben zu halten: es ist die Furcht vor der aufstrebenden Sozialdemokratie, das Verlangen, das Bewußtwerden des Proletariats zu hemmen. Die Verhüllung der sozialen und politischen Gegensätze durch theologische Fäulnis ist selbstverständlich dazu äußerst geeignet, und deshalb liegt das Fortbestehen der alten Parteigruppierungen ebensosehr im Interesse der liberalen Bourgeoisie wie des christlichen Mittelstandes und des Großgrundbesitzes.

Beide Koalitionen, die Rechte wie die Linke, bestehen aus verschiedenen Klassen und Teilen von Klassen, beide, wenngleich die Rechte in höherem Maße wie die Linke, finden ihren Anhang noch zum Teil in Arbeiterkreisen, und wenn für die Rechte der Reim des Glaubens sich als ein vorzügliches Mittel erweist, die Angehörigen verschiedener Klassen ihren sozialen Gegensätzen zum Trotz zusammenzukitteln, so ist der Reim der „Verteidigung der liberalen Idee“ und des „Fortschritts“ gegen die „christlichen Mucker“ unerläßlich, um den liberalen Block, der aus drei verschiedenen Fraktionen besteht, noch einigermaßen zusammenzuhalten. Und deshalb, weil das Klasseninteresse aller bürgerlichen Gruppen es erheischt, besteht die Antithese — obwohl in der parlamentarischen Praxis unzählige Male durchbrochen — ruhig weiter, als eine geistige Waffe der herrschenden Klassen gegen die Arbeiter, die man bei jeder Wahlkampagne von neuem hervorholt und neu schleift, und die erst dann in die politische Kumpellammer geworfen werden wird, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, die proletarischen Interessen, in erster Linie die Frage des allgemeinen Wahlrechtes, in den Mittelpunkt des politischen Kampfes zu stellen. Nur das Proletariat kann das Bürgergewebe zerstören, womit die Linke wie die Rechte das politische Leben umwickeln, nur das erstarkende Proletariat kann in unserem Lande eine Klärung des politischen Kampffeldes zustande bringen.

Im Augenblick ist es dazu leider noch zu schwach: der jüngste Wahlkampf wurde größtenteils noch von theologischen und antitheologischen Schlagworten beherrscht. Die Rechte hatte, als eine echt kleinbürgerliche Partei, dazu die Erhöhung des Schutzzolls auf ihr Panier geschrieben, die Liberalen, die enrugierte Freihändler sind, machten in Reformfreundlichkeit. Die Haupttruppe des eigentlichen Liberalismus, die Partei der mittleren Bourgeoisie, die „Liberal Union“, versprach in ihrem Wahlprogramm das allgemeine Wahlrecht (mit einigen Einschränkungen) für Männer und für die unverheirateten Frauen, die das fünfundschwanzigste Lebensjahr überschritten hatten; dazu gelobte ihr Wahlprogramm, die Lösung der Altersversicherung „in der Richtung“ der unentgeltlichen staatlichen Versicherung anzustreben. Da diese Partei das allgemeine Wahlrecht wiederholt verraten und bis in die allerletzte Zeit die unentgeltliche staatliche Versicherung aufs äußerste bekämpft und deren Durchführung für unmöglich erklärt hat, war ihre „Belehrung“ offen-

bar nur ein gewöhnliches Wahlmanöver, um so viel wie möglich Arbeiterstimmen zu fangen und mit deren Hilfe die Regierungsmacht zurückzuerobern.

Die „Freisinnigen Demokraten“ (Radikalen) erklärten sich ebenfalls für das allgemeine Wahlrecht, jedoch ist es nicht klar, ob nicht auch sie irgend einer Einschränkung des Frauenwahlrechtes ihre Zustimmung geben würden. In der Frage der Altersversicherung waren sie nicht einig; jedoch fast alle ihre Koryphäen bekämpfen die unentgeltliche staatliche Versicherung als bloße Utopie und befürworten die Zwangsversicherung. In der Vertuschung der Differenzen, die zwischen der Liberalen Union und den Radikalen in dieser wichtigen Frage bestehen, leisteten die Organe dieser beiden Parteien ganz Unglaubliches, um den gefährdeten liberalen Mischmasch zu retten, was jedoch nur halbwegs gelang. Die „Freien“ oder „Mittliberalen“, die Partei der eigentlichen Großbourgeoisie (Industrie-, Handels- und Bankkapital), stehen noch ganz auf dem Standpunkt des Manchesterturns und stellten in ihrer Agitation den Kampf wider den Schutzzoll in den Vordergrund. Für eine Wahlrechtserweiterung sind sie nur zu haben, wenn gleichzeitig die Machterweiterung der Ersten Kammer, also eine reaktionäre Maßnahme, in der Verfassung festgelegt wird. Es ist bemerkenswert, daß die ganze einflußreiche liberale Presse, auch solche Organe, welche die Tendenzen der mittleren Bourgeoisie vertreten, an eine Wahlrechtsreform die Erweiterung der Befugnisse unseres Senats knüpfen will. Sollte es in kürzerer oder längerer Zeit gelingen, die Verfassungsrevision zum Zwecke der Wahlrechtserweiterung ins Werk zu setzen, so wäre zu befürchten, daß ein ansehnlicher Teil der Bourgeoisie diese Gelegenheit zur Stärkung des reaktionärsten, arbeiterfeindlichsten Rades unserer politischen Maschinerie ausnutzen würde. Selbstverständlich gibt es gegen diese Gefahr nur ein Mittel: ein gewaltiges Anschwellen der proletarischen Wahlrechtsbewegung und ein schnelles Wachstum der Sozialdemokratie.

Unsere Partei hatte ein Wahlprogramm aufgestellt, das neben dem allgemeinen Wahlrecht noch die unentgeltliche Altersversicherung, den Zehnstundentag, die Erweiterung des Haftpflichtgesetzes und die Verschärfung des Wohnungsgesetzes forderte. Der marxistischen Richtung in der Partei jedoch schien es, es wäre taktisch und propagandistisch weit besser gewesen, das allgemeine Wahlrecht zur alleinigen Kampfesparole zu machen. Es wäre hieraus in den Augen der Massen deutlicher geworden, wie die Sozialdemokratie das Wahlrecht als die Vorbedingung einer gründlichen Sozialreform betrachtet, es wäre der Unterschied unseres Standpunktes von dem der Liberalen, die sich ebenfalls für Altersversicherung und Zehnstundentag erklären und damit die Wahlrechtsbewegung zu schwächen hofften, klarer hervorgetreten; es wäre vielleicht gelungen, die Frage der Wahlrechtsreform in den Vordergrund des politischen Kampfes zu bringen. Und als Konsequenz dieser Anschauung befürworteten die Marxisten bei den Stichwahlen nur die Unterstützung jener bürgerlichen Kandidaten, die sich für ein uneingeschränktes Wahlrecht auch der Frauen erklärten.¹

¹ In Übereinstimmung mit der auf dem Rotterdamer Parteitag angenommenen Resolution beschloß dagegen die Parteileitung bei den Stichwahlen die Unterstützung aller Kandidaten der „Liberalen Union“ und des „Freisinnig-Demokratischen Verbandes“ — ein Beschluß, den wir auch jetzt noch bedauern. Dagegen wurde zum ersten Male beschlossen, dort, wo Alt-(Konservativ-)Liberalen gegen Merikale in der Stichwahl standen, unseren Wählern Wahlenthaltung zu empfehlen. Wir begrüßten diesen Beschluß als einen Schritt vorwärts

Jedoch ihre Ansichten fanden in der Partei sehr wenig Anklang, was zum Teil den der Wahlkampagne vorhergehenden Ereignissen zuzuschreiben ist. Unsere Parteimehrheit — und dies ist der wichtigste praktische Streitpunkt zwischen Marxisten und Revisionisten — erwartete, daß ein möglicher Sieg der liberalen Koalition wirklich eine Reformära eröffnen würde, während die Minderheit nicht die mindesten Erwartungen in dieser Hinsicht hegte, angesichts der ganzen Vorgeschichte der Liberalen Union und der Tatsache, daß diese auch jetzt bereit war, eine Anzahl der konservativen, arbeiterfeindlichen „Freien“ Liberalen im ersten Wahlgang zu unterstützen.

Der Parteitag zu Rotterdam hatte mit überwältigender Majorität die Aufstellung des ganzen Wahlprogramms beschlossen. Man könnte glauben, das Resultat der Wahlen beweise, daß die Partei damit das Richtige getroffen hat. Der erste Wahlgang brachte unserer Partei den erfreulichen, wenn auch nicht völlig befriedigenden Zuwachs von 17156 Stimmen, während die nach Dezember gegründete neue sozialdemokratische Partei, die S. D. P., die das allgemeine Wahlrecht zur ausschließlichen Kampfesparole gemacht hatte, nur 542 Stimmen auf ihre vier Kandidaten vereinigte.¹ Unseres Erachtens ist aber dies schlechte Resultat für die S. D. P. einer Reihe von anderen Umständen, nicht jedoch ihrer Kampfesparole geschuldet, und es läßt sich daraus nicht beweisen, daß auch unsere Partei mit dieser Parole schlecht abgeschnitten hätte, natürlich unter der Voraussetzung, daß wir in der Agitation die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes als die große, alles umfassende Klassenforderung des Proletariats hingestellt und sie mit sozialem Inhalt erfüllt hätten.

* * *

Der Wahlkampf wurde im allgemeinen nur flau geführt. Große, prinzipielle Gegensätze zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien gibt es bei uns kaum, und dies hat das Resultat, den politischen Indifferentismus der „Mittelschichten“ zunehmen zu lassen. Der unaufhörliche Verfall des Liberalismus äußerte sich auch darin, daß ein Teil der Wähler, der glaubt, seine Klasseninteressen würden besser durch den christlich verhüllten, als durch den nackten Kapitalismus gewahrt, ins kirchliche Lager übertrat, oder wenigstens einer Fortdauer des kirchlichen Regiments ohne sonderliche Sorge entgegen sah. Es fand diesmal in Vergleich zu 1905 ein starker Rückgang der Wahlbeteiligung und ein Stimmenzuwachs der kirchlichen Parteien auf Kosten des Liberalismus statt. Der Rückgang des einst in unserem Lande so mächtigen Liberalismus bildet die bemerkenswerteste Erscheinung bei diesen Wahlen; er wird in der neuen Kammer nur über 33 Siege verfügen, während deren 60 der christlichen Koalition zufallen und die Sozialdemokratie 7 ihrer Männer in das Bourgeoisparlament entsendet — nur einen mehr als in 1905.²

Unsere Partei hatte diesmal in 86 von den 100 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, in 12 Kreisen mehr als bei den Wahlen von 1905. In den übrigen

zu einer prinzipiellen Taktik, da noch bei den Wahlen von 1905 der Parteivorstand sich in solchen Wahlkreisen jedes Einschreitens enthielt.

¹ Unsere Stimmzahl betrug 1897 14751, 1901 39338, 1905 65664, 1909 83362 Stimmen, davon 542 Stimmen für die S. D. P.

² Nach Maßstab ihrer Stimmzahl würde die Sozialdemokratie Anspruch auf die doppelte Zahl der Siege haben, da sie über 14 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinte.

Wahlkreisen, die sämtlich im Gebiet des Klerikalismus liegen, enthielt sie sich jeder Aktion; sie führte im ersten Wahlgang den Kampf durchweg selbständig und unterstützte nirgend die liberalen oder radikalen Kandidaten. Im Gegenteil, die Tatsache, daß die liberale Partei versuchte, durch ihr Wahlprogramm unserer Partei Konkurrenz zu machen, zwang unsere Genossen, ob Marxisten oder Revisionisten, unseren Klassenstandpunkt den Liberalen gegenüber mit erfreulicher Schärfe darzulegen und den Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie hervorzuheben. Jedenfalls wurde der Wahlkampf dadurch von unserer Seite den Liberalen gegenüber im allgemeinen weit prinzipieller geführt als 1905, da es galt, den Minister Kuyper zu stürzen, dessen Namen verknüpft ist mit den Zwangsgesetzen gegen die Eisenbahner, und eine allgemeine antiklerikale Woge über das Land ging.

Wir glauben jedoch, daß es für unsere Partei möglich gewesen wäre, in der Wahlagitatio den liberalen Reformschwindel noch wirksamer zu bekämpfen und noch größere positive Erfolge zu erzielen, wenn im Laufe der vorhergehenden vier Jahre in der Gesamttätigkeit der Partei und ihrer Organe, wie Kammerfraktion und Presse, dieser prinzipielle Gegensatz immer schärfer hervorgehoben worden wäre. Den letzten Grund der Streitigkeiten, die in den letzten Jahren zwischen Marxisten und Revisionisten vorkamen, bildet die Tatsache, daß die mehr oder weniger bewußt revisionistische Mehrheit der Partei und ihre Organe unseres Erachtens zu sehr geneigt waren, den Reformversprechungen der Liberalen zu vertrauen, auf deren Worte zu großen Wert legten und die politische Situation zu optimistisch beurteilten, indem sie erwarteten, die Arbeiterklasse sei jetzt schon mächtig genug, die Liberalen zu zwingen, eingreifende Reformen wie allgemeines Wahlrecht, Zehnstundentag und Altersversicherung einzuführen. Es schien uns, daß diese Auffassung in einigen Fällen unsere Kammerfraktion veranlaßte, nicht mit wünschenswerter Schärfe den sozialdemokratischen Standpunkt hervorzulehren, und daß sie ebenso verantwortlich zu machen ist für die unzulängliche Betonung dieses Standpunktes und für den manchmal flauen oder sogar, den Liberalen gegenüber, versöhnlichen Ton unserer Parteipresse.

Die Wahlen brachten, wie gesagt, beiden sozialdemokratischen Parteien einen Zuwachs von 17 698 Stimmen oder 26,6 Prozent in Vergleich zu 1905, während die Zahl der Wahlberechtigten um 12,5 Prozent zunahm. Dies ist gewiß kein schlechtes Resultat, aber nach der vorigen vierjährigen Periode (1901 bis 1905) war die Zahl unserer Stimmen um 25 244 und bei den Wahlen von 1901 sogar um 27 464 gestiegen. Das Tempo unseres Wachstums hat sich also offenbar verlangsamt, und dies ist immer eine Tatsache, die eine sozialdemokratische Partei unseres Erachtens zur sorgfältigen Untersuchung aller Faktoren des politischen Lebens verpflichtet, damit sie herausfinde, ob die Abnahme ihrer Werbekraft ausschließlich äußerlichen Umständen geschuldet und ihr eigenes Auftreten daran völlig unbeteiligt ist.

Man könnte vielleicht meinen, daß in diesem Fall das Fehlen des allgemeinen Wahlrechtes schon ein ausreichender Grund für die verlangsamte Entwicklung unserer Partei ist, weil sie sich immer mehr den Grenzen dessen nähert, was für sie unter dem heutigen Zensuswahlrecht zu erreichen ist. Dagegen spricht jedoch die Tatsache, daß bei den Wahlen diesmal nicht weniger als 1 689 956 Wahlberechtigte an der Abstimmung nicht teilnahmen oder ungültige Stimmen abgaben: unter diesen großen Massen, deren Zahl mehr als

das Doppelte unserer gesamten Wählerschaft bildet, sind sicher für uns noch Tausende und aber Tausende Anhänger zu gewinnen.

Gewiß jedoch gibt es verschiedene Umstände, die diesmal einem starken Steigen der sozialdemokratischen Stimmenzahl entgegenwirkten. Erstens die Folgen der Krise. Eine Anzahl Arbeiterwähler, die infolge der langen und schlimmen Arbeitslosigkeit gezwungen wurden, eine large Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen oder auch nur ihre Steuer nicht bezahlen konnten, gingen deshalb unter diesem höchst ungerechten Wahlsystem ihres Bürgerrechtes verlustig. Dann die Geburt der Prinzessin Juliana. Unsere herrschenden Klassen haben bei dieser Gelegenheit selbstverständlich gehörig in Hurrapatriotismus gemacht und das „frohe Geschehnis“, wie es in der Amtssprache heißt, nach Möglichkeit gegen uns ausgeschlachtet. Drittens kann man vielleicht zu den für uns ungünstigen Umständen noch die allgemeine Flaueheit der politischen Lage, den Mangel an positivem „Stoff“, an großen konkreten Kampfobjekten rechnen. Wir sind jedoch der Ansicht, daß gerade in jedem Mangel an positiver Reformarbeit während der letzten vier Jahre, in der völligen Teilnahmlosigkeit, womit die Regierung den furchtbaren Leiden zusah, welche die Krise über die Arbeiterklasse brachte, Stoff genug für eine Aufrüttelung und Aufweckung der Massen lag. Wir leugnen keineswegs, daß die von uns obenerwähnten Tatsachen ungünstig auf die Stimmenzahl unserer Partei einwirken mußten, jedoch sind wir überzeugt, daß es gelungen wäre, eine größere Wahlbegeisterung bei den Massen hervorzurufen, wenn unsere Taktik in den letzten vier Jahren eine schärfere, rücksichtslosere den Liberalen gegenüber gewesen wäre und besonders unsere Presse mehr, als geschah, die Agitation für das allgemeinere Wahlrecht immer wieder hervorgehoben hätte. Es kann nicht anders sein, als daß eine große Verbitterung gegen alle bürgerlichen Parteien sich in den Massen ansammelt. Durch kirchlich gefärbte wie durch liberale Regierungen sind sie enttäuscht und genasführt worden; die Gesetzgebung hat auf dem wichtigen Gebiete der Verkürzung der Arbeitszeit seit zwanzig Jahren keinen Schritt vorwärts getan; seit neun Jahren kam keine einzige sozialpolitische Maßregel von einiger Bedeutung zustande, das politische Leben ist völlig unfruchtbar. Bei diesen Verhältnissen liegt es auf der Hand, daß die Massen Gefahr laufen, entweder sich dem Antiparlamentarismus zuzuwenden oder dem politischen Indifferentismus zu verfallen, wenn es uns nicht gelingt, sie an unsere Seite zu bringen. Und wir glauben, daß je ausgesprochener wir sozialistische Propaganda treiben, je mehr wir den Arbeitern verständlich machen, weshalb alle bürgerlichen Koalitionen notwendigerweise zur Unfruchtbarkeit verurteilt sind und das Proletariat nur von seinem eigenen Machtzuwachs Reformen zu erhoffen hat, desto mehr wir diese, zum Teil noch so apathischen Massen aufrütteln und mit Kampfesmut erfüllen werden.

Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen — und dies ist in unseren Augen die wichtigste Erscheinung bei diesen Wahlen — vollzog sich keineswegs gleichmäßig über das ganze Land. Im Gegenteil: einem sehr starken Wachstum in den Großstädten und manchen Industriegegenden steht ein Stillstand und sogar ein Rückgang in manchen mehr kleinstädtischen und agrarischen Bezirken gegenüber. In Amsterdam, Rotterdam und dem Haag hat unsere Stimmenzahl um 9268 Stimmen zugenommen, das heißt, auf die drei Großstädte entfallen ungefähr zwei Drittel unserer Zunahme in allen Bezirken, wo

schon 1905 Sozialdemokraten kandidierten. Rechnet man dazu noch den Stimmenzuwachs der industriellen Bezirke Enschede und Zaandam, dann gelangen wir zur Zahl 12096, während auf alle übrigen Wahlbezirke nur eine Gesamtzunahme von 5602 Stimmen entfällt. Diese äußerst geringe Ziffer wird dadurch erklärt, daß, wie oben schon angedeutet, in einer ganzen Zahl, es sind deren 25, von gemischten, aber überwiegend agrarischen Bezirken (rein agrarische gibt es in unserem Lande fast nicht) unsere Stimmenzahl abnahm. Die stark agrarische Provinz Friesland hat einen, wenn auch nicht absoluten, so doch relativen Rückgang zu verzeichnen: unsere Stimmenzahl nahm dort nur um 200 Stimmen zu, während die Zahl der Wähler sich um 2000 vermehrte. In der ebenfalls, mit Ausnahme der Hauptstadt, stark agrarischen Provinz Groningen gingen die sozialdemokratischen Stimmen auch absolut zurück, und zwar von 10084 auf 9712, während die Zahl der Wähler von 44858 auf 48555 wuchs. Im ganzen agrarischen Norden geht unser Einfluß augenblicklich zurück, und es ist uns in Übereinstimmung mit dieser Tatsache auch nicht gelungen, in der Stichwahl die vier nordischen Distrikte zu behaupten. Zwei davon wurden von den Liberalen erobert.¹ Dagegen gelang es uns, ebenfalls in der Stichwahl, im neunten Amsterdamer Kreis, wo eine gewaltige Arbeiterbevölkerung sich angesiedelt hat, Genosse Blieden, in dem industriellen Kreis Zaandam Genosse Duys und in einem der Haager Kreise den Genossen ter Laan, der früher Hoogezand im Norden vertreten hatte, neu durchzubringen. Daß Troelstra, der unseren sichersten Kreis Amsterdam III vertritt, diesmal ebenfalls erst bei der Stichwahl, wenn auch mit gewaltiger Majorität, siegte, ist ausschließlich dem Auftreten der S. D. P. zuzuschreiben, die in diesem Kreis auf ihren Kandidaten Wijnkoop eine genügende Stimmenzahl vereinigte, um die Wahl Troelstra im ersten Wahlgang zu verhindern.

Die Ursachen unseres starken Rückganges auf dem Lande sind wahrscheinlich ziemlich komplizierter Natur, und es wird unserer Parteileitung zukommen, eine genaue Untersuchung darüber einzuleiten. Im allgemeinen jedoch kann unseres Erachtens dazu das Folgende bemerkt werden: Als die Sozialdemokratie bei den Wahlen von 1897 zuerst als politische Partei auftrat und auch noch in den folgenden Jahren ihren politischen Schwerpunkt in den agrarischen Gebieten des Nordens fand, waren in diesen die Klasseengenossen noch wenig entwickelt. Als sich diese verschärften, mußte ein Teil unserer dortigen Wähler, der zu den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Elementen gehörte, unsere Partei wieder verlassen, wenn diese nicht ihre Taktik auf das Festhalten dieser Gruppen einrichtete, was glücklicherweise nicht geschah. Die Verluste, die sie in solcher Weise erleiden muß, könnten nur dadurch wettgemacht werden, daß die Partei das eigentliche agrarische Proletariat, die Landarbeiter, in Masse an ihre Fahne zu fesseln versteht. Dies ist jedoch bis heute noch nicht gelungen — inwieweit durch ihre eigene Schuld, kann hier unberücksichtigt bleiben —, und so ist das Ergebnis dieser Wahlen dazu geeignet, die Agrarfrage, die Frage, wie die Landarbeiter und proletarischen Pächter zu gewinnen, von neuem für unsere Partei aktuell zu machen.

Das so erfreuliche starke Wachstum in den Groß- und Industriestädten ist wohl in erster Linie auf den Umschwung der letzten Jahre in der Gewerk-

¹ Einer von diesen gehörte freilich nicht den Sozialdemokraten, sondern hatte seit Jahren den „unabhängigen“ Sozialisten Van der Zwaag entsendet, der diesmal eine Wiederwahl ablehnte.

schaftsbewegung zurückzuführen. Die Gewerkschaften, früher durchseucht mit Anarchismus, haben im letzten Jahrzehnt eine völlige Umwandlung durchgemacht. Die heute 40000 Mitglieder umfassende Föderation der Gewerkschaften, der gegenüber das alte anarchistische „Nationale Arbeitersekretariat“ auf ein paar tausend Mitglieder zusammengeschrumpft ist, steht zu unserer Partei in einem ähnlichen Verhältnis wie die Gewerkschaftskommission zur deutschen Sozialdemokratie. Partei und Gewerkschaften gingen Hand in Hand bei mancher sozialpolitischen Bewegung der letzten Jahre; die Föderation unterstützt die Aktion unserer Partei für das allgemeine Wahlrecht, kurzum, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gewöhnen sich, die Sozialdemokratie als die parlamentarische Vertretung und Vorkämpferin ihrer Klasse zu betrachten: was natürlicher, als daß sie auch für sie stimmen? Gewiß haben wir Marxisten das Recht und die Pflicht, immer wieder hervorzuheben, daß die Sozialdemokratie die Vertreterin der ganzen Arbeiterklasse, auch der Nichtorganisierten und Nichtwähler, sein soll, und daß es für sie von großer Wichtigkeit ist, auch die Masse der ungelerten Arbeiter, des eigentlichen Proletariats, aus ihrer apathischen Verzweiflung oder verzweifelten Apathie zu erwecken und in die politische Bewegung hineinzuziehen. Dies soll uns jedoch nicht verhindern, anzuerkennen, daß die Entwicklung der letzten Jahre in bezug auf das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften eine durchaus erfreuliche und normale ist.

* * *

Offentlich wird der Ausgang dieses Wahlkampfes auch unsere inneren Parteiverhältnisse günstig beeinflussen. Wir glauben, daß durch ihn den Meinungsdivergenzen in unseren Reihen, soweit diese sich auf die Vergangenheit beziehen, die Spitze abgebrochen wird. Hätten wir bei den Wahlen schlecht abgeschnitten, so würden unsere revisionistischen Genossen uns vorgeworfen haben: „Da seht das Resultat eures ewigen Nergelns“ — wir aber ihnen: „Da seht die Folgen eurer schlechten Taktik.“ Hätten wir zwar auf dem Lande gesiegt, in den Städten aber wenig Erfolge zu verzeichnen gehabt, so würden wir mit Recht die Entwicklung unserer Partei zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei befürchtet haben. Jetzt aber darf die Parteimehrheit mit den Ergebnissen der Wahlen zufrieden sein. Und wir Marxisten dürfen es auch sein. Denn aus der Tatsache, daß der Schwerpunkt unserer Partei mehr und mehr auf die Großstädte und Industriebezirke übergeht — noch 1901 machten die großstädtischen Stimmen erst 10,9, heute 21,8 Prozent, die industriellen Bezirke 17,6, heute 19,6 Prozent der gesamten sozialdemokratischen Stimmenzahl aus —, dürfen wir schließen, daß unsere Partei sich in einer erspriesslichen Richtung entwickelt, daß sie ihre Anhänger immer mehr unter denjenigen Schichten findet, die in erster Reihe für eine Taktik, wie der Marxismus sie für notwendig hält, gewonnen werden können. Der Ausgang der Wahlen hat unser Vertrauen in die Zukunft unserer Partei gestärkt, und wenn wir auch keineswegs schon in den ersten Jahren eine Verschiebung der Parteimehrheit in unserem Sinne erwarten, so sind wir dennoch überzeugt, daß die Verhältnisse zu einer Verstärkung unserer Richtung sowie ihres Einflusses auf die Gesamttätigkeit der Partei führen werden — vorausgesetzt natürlich, daß uns auch weiter die Möglichkeit geboten und die Freiheit gelassen wird, unsere Anschauungen in die Masse der Genossen zu tragen.

Die Frage aber, ob von einer gewissen Versöhnlichkeit dem Liberalismus gegenüber Reformen zu erwarten sind, hat jeden Zweck verloren jetzt, da der Liberalismus kraftlos zusammengebrochen ist und wahrscheinlich auf lange Jahre hinaus nicht mehr an die Regierung gelangen wird. Wir müssen uns heute gefaßt machen auf entweder als Reformen verhüllte oder unverhüllte, reaktionäre Maßnahmen, auf Zwangsgesetze und Schutzoll, auf eine weitere Klerikalisierung des Unterrichtes und Angriffe auf die Koalitionsfreiheit der Beamten. Unserer Partei wird die Pflicht zufallen, die gesamte unabhängige Arbeiterbewegung gegen diese Pläne der Reaktion mobil zu machen, und sie wird dies am wirksamsten können durch offensives Vorgehen, in erster Linie durch Verstärkung der Agitation für das allgemeine Wahlrecht. In diesem Kampfe gegen die Reaktion wird selbstverständlich die ganze Partei geschlossen dastehen, und es wird Sache der marxistischen Richtung sein, ihren Wert für die Gesamtpartei durch positive Arbeit zu demonstrieren, indem sie bei allen Vorschlägen der Regierung den proletarischen Klassenstandpunkt wissenschaftlich begründet. Auf diese Weise wird sie auch am wirksamsten der Gefahr des Zueinanderfließens der proletarischen mit der liberalen Opposition vorbeugen.

Wenn auch vorläufig leider auf dem Gebiet der materiellen Verbesserung der Lage des Proletariats recht wenig zu erzielen sein wird, so erwarten wir um so bestimmter unter den jetzigen Verhältnissen eine rasche Zunahme des proletarischen Klassenbewußtseins, ein Erstarren des Klassenkampfes und ein Steigen des Einflusses der Sozialdemokratie. Und wenn die Kämpfe der nächsten Jahre und die Notwendigkeit der proletarischen Konzentration der Reaktion gegenüber uns die Wiederherstellung der Einheit brächten, so wäre das eine überaus erfreuliche Folge der hier kurz geschilderten Verschiebung der politischen Verhältnisse, die in der Zuspitzung der Klassengegenstände ihre allgemeine Ursache hat.

Rente oder Almosen?

Von *H. Mollenhuth*.

Die Veröffentlichung des Entwurfes der Reichsversicherungsordnung hat die Arbeiterversicherung wieder in den Mittelpunkt der Diskussion geschoben. Jetzt gilt es, daß die Arbeiter nicht nur durch ihren Widerstand Verschlechterungen des bestehenden Systems zu verhindern suchen, sondern daß sie mit großer Energie darauf drängen, erhebliche Verbesserungen durchzudrücken. Wenn man die bestehenden Versicherungsgesetze unter die Lupe nimmt, dann entdeckt man eine solche Fülle von Mängeln, die zum Teil in der Konstruktion der Gesetze begründet sind, daß man ganze Bände schreiben müßte, wenn man ein annähernd vollkommenes Bild der Mängel geben wollte. Es kann daher nicht Aufgabe dieses Artikels sein, das ganze Werk zu kritisieren, sondern es soll nur eine Frage herausgegriffen werden, die, obwohl sie so alt ist wie die Invalidenversicherung, doch noch wenig besprochen wurde.

Die Besprechung dieses Konstruktionsfehlers der Invalidenversicherung ist aber um so nötiger, weil der Fehler in allen Versicherungszweigen fortwirkt, die man an die Invalidenversicherung anhängt oder aufbaut. Die Frage ist besonders aktuell geworden, als die Versicherung der Privatbeamten in Fluß kam. Da erklärten dieselben Leute, die sonst die Versicherungsgesetze in